

152.15.12 Stadtparlament: Interpellation

Interpellation Basil Oberholzer: Was geschieht an der Falkenburgstrasse?; schriftlich

Basil Oberholzer sowie 33 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 24. März 2015 die beiliegende Interpellation "Was geschieht an der Falkenburgstrasse" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Dem Eigentümer bzw. der Eigentümerin eines Grundstückes steht aufgrund der Bestimmungen des kantonalen Baugesetzes das Recht zu, die Überprüfung und allenfalls Änderung einer Zonenplaneinteilung zu verlangen, sofern die entsprechende Zonierung seit mindestens zehn Jahren rechtskräftig ist. Wird dem Ersuchen um Zonenplanänderung stattgegeben, ist das entsprechende Verfahren mit öffentlicher Auflage, Einspracheentscheid und Beschlussfassung des Parlamentes samt Unterstellung unter das fakultative Referendum durchzuführen. Wird das Ersuchen abgelehnt, hat die Gesuchstellerin Anrecht auf einen rekursfähigen Entscheid.

Die Ortsbürgergemeinde St.Gallen hat als Eigentümerin von drei Parzellen in den Gebieten Feldli, Falkenburgstrasse und Falkenburgstrasse-Schneebergstrasse gestützt auf diese Rechtsgrundlage jeweils im Einzelnen begründete Um- bzw. Einzonungsgesuche gestellt. Der Stadtrat hat im Jahre 2013 die entsprechenden Zonenplanverfahren eingeleitet. Während der öffentlichen Auflage sind gegen die Zonenplanänderung Falkenburgstrasse vier Einsprachen und gegen die Zonenplanänderung Falkenburgstrasse-Schneebergstrasse eine Einsprache eingereicht worden. Die Zonenplanänderung Feldli wurde nicht angefochten. Der Stadtrat hat die Einsprachen, soweit darauf eingetreten werden konnte, abgewiesen und dem Stadtparlament mit Vorlage vom 22. April 2014 beantragt, den drei Zonenplanänderungen zuzustimmen. Am 10. Juni 2014 hat das Stadtparlament die beiden Zonenplanänderun-

gen Feldli und Falkenburgstrasse-Schneebergstrasse beschlossen, die Zonenplanänderung Falkenburgstrasse hingegen abgelehnt. Das fakultative Referendum wurde nicht ergriffen. In der Folge wurde der Einspracheentscheid gegen die Zonenplanänderung Falkenburgstrasse-Schneebergstrasse eröffnet. Gegen diesen Einspracheentscheid wurde wiederum Rekurs beim kantonalen Baudepartement erhoben. Dieses Verfahren ist hängig.

Seit dem 1. Mai 2014 ist das revidierte Raumplanungsgesetz des Bundes in Kraft. Dessen Übergangsbestimmungen sehen vor, dass die Fläche der rechtskräftig ausgeschiedenen Bauzonen nicht vergrössert werden darf, bis die kantonalen Richtpläne angepasst und vom Bund genehmigt sind. Dieses „Moratorium“ für die Inkraftsetzung – nicht aber für die Verfahrensdurchführung - von neuen Einzonungen war schon bei der Verfahrenseinleitung der Zonenplanänderungen für 2013 absehbar. Damals rechnete das Baudepartement für die Richtplananpassung mit einem Zeitbedarf von etwa zwei Jahren. Diese Zeit konnte deshalb für die rechtlichen Verfahren und für die politische Beschlussfassung genutzt werden. Die kantonale Richtplananpassung ist derzeit noch im Gange, mit der Inkraftsetzung der unbestrittenen Zonenplanänderung Feldli muss somit noch zugewartet werden. Die Zonenplanänderung Falkenburgstrasse-Schneebergstrasse ist ohnehin in einem möglicherweise noch länger dauernden Rechtsmittelverfahren.

2 Fragenbeantwortung

Frage 1:

Die Situation stellt sich bei den beiden vom Stadtparlament beschlossenen Zonenplanänderungen unterschiedlich dar: Gegen die Zonenplanänderung Falkenburgstrasse ist ein Rechtsmittelverfahren hängig. Die Genehmigung durch das kantonale Baudepartement und die Inkraftsetzung durch den Stadtrat ist somit ohnehin nicht möglich, bevor das Rechtsmittelverfahren abgeschlossen ist. Mit der Genehmigung und Inkraftsetzung der Zonenplanänderung Feldlistrasse muss zugewartet werden, bis die Anpassung des kantonalen Richtplanes abgeschlossen und vom Bund genehmigt ist.

Frage 2:

Die Beschlüsse des Stadtparlaments zu den Einzonungen können umgesetzt werden, wenn die entsprechenden Rechts- und Genehmigungsverfahren abgeschlossen sind.

Frage 3:

Parlamentsbeschlüsse können häufig nicht „unmittelbar“ umgesetzt werden, namentlich wenn noch Rechtsmittel- oder Genehmigungsverfahren bei kantonalen oder eidgenössischen Instanzen folgen.

Frage 4:



Es besteht kein „Problemzustand“. Ein Moratorium hat bekanntlich eine aufschiebende, nicht aber eine aufhebende Wirkung.

Frage 5:

Die Beschlüsse des Parlamentes zu den Zonenplanänderungen sind rechtlich gültig und sachlich richtig, sie werden nur später rechtswirksam. Sie stehen im Einklang mit dem übergeordneten Recht, von einer nachträglichen Aufhebung kann nicht die Rede sein.

Frage 6:

Es ist richtig, dass bei einer flächengleichen Auszonung an anderer Stelle die beiden Einzonungen unverzüglich in Kraft gesetzt werden könnten. Die Stadt verfügt aber über keine Bauzonen, auf die verzichtet werden kann oder soll, nur damit die beiden Einzonungen Feldli und Falkenburgstrasse-Schneebergstrasse etwas rascher rechtsgültig werden. Die Frage einer nochmaligen Vorlage an das Stadtparlament stellt sich deshalb nicht.

Frage 7:

Das Vorgehen in dieser Sache ist korrekt, mit dem übergeordneten Recht in Einklang und zulässig.

Der Stadtpräsident:

Scheitlin

Der Stadtschreiber:

Linke

Beilage:

Interpellation vom 24. März 2015

